

# Appell aus dem Rat für Mehrheitsgruppe

## SPD Kritik am geplanten Sonderparteitag

**WILHELMSHAVEN/GA** – Vertreter der Fraktionen von SPD und CDU im Rat der Stadt appellieren an den Kreisvorsitzenden der SPD, Volker Block, seine Pläne für einen außerordentlichen Parteitag fallen zu lassen.

Da im Mai schon ein regulärer Parteitag der Sozialdemokraten stattfindet, könne die außerordentliche Sitzung nur einen Zweck haben: Einen Beschluss über die Aufkündigung der CDU/SPD-Mehrheitskooperation im Rat.

„Ich kann das nicht nachvollziehen“, sagte gestern CDU-Fraktionschef Stephan Hellwig. „Die SPD hat immer beteuert, dass die Zusammenarbeit mit der CDU und der CDU-Fraktion gut läuft. Kritik gab es hin und wieder mal am Oberbürgermeister“, so Hellwig. „Der gehört aber nicht zur Mehrheitsgruppe. Welchen Sinn soll die Kündigung der Kooperation haben?“

Auslöser für die SPD-interne Kritik an der Kooperation war der Unmut von Teilen der Parteibasis über den Verkauf der städtischen Altenheime an einen privaten Betreiber, der aber aufgrund des immensen Investitionsstaus ohne Alternative gewesen sei, so der stellvertretende SPD-Fraktionschef Howard Jacques. Die Stadt hätte die Sanierung der Einrichtungen bei ihrer angespannten Haushaltslage nicht finanzieren können.

„Der geplante Verkauf war seit zwei Jahren bekannt – auch unserem Vorstand“, stellte Jacques fest. Für einen außerordentlichen Parteitag

könne das kein Grund sein, zumal der Parteivorstand stets bei den Fraktionssitzungen dabei war.

SPD-Fraktionschef Karlheinz Föhlinger wies darauf hin, dass der Mehrheitsgruppen-Vertrag eine mögliche Kündigung der Zusammenarbeit für Mai 2014 vorsieht. Dieser Termin sei verstrichen. Damit könne die CDU auf die Loyalität des Partner bis zum Ende der Wahlperiode 2016 vertrauen.

Genau darauf pocht Hellwig. Die Kooperation garantiere eine stabile Mehrheit im Rat (29 von 45 Stimmen), die angesichts der wirtschaftlichen Lage der Stadt zwingend erforderlich sei. Gerade um permanent wechselnde Mehrheiten zu verhindern, hätten sich die Fraktionen 2011 – mit Zustimmung ihrer Parteien – für eine Kooperation ausgesprochen.

Aus seiner Sicht sei mehr als fraglich, ob eine Partei die von den Bürgern gewählten Ratsmitglieder zwingen kann, eine sinnvolle Zusammenarbeit aufzukündigen.

Der erste Anlauf für die Ansetzung eines vom SPD-Kreisvorstand angestrebten Sonderparteitags war an Formfehlern gescheitert.

Volker Block hatte in der WZ angekündigt, dass er einen neuen Vorstoß unternehmen werde, damit die SPD auf einem außerordentlichen Parteitag eine „ehrliche Halbzeitbilanz“ der Kooperation ziehen könne. Nach den Statuten der SPD kann die Sitzung nicht vor Ende Februar stattfinden.